

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

ersch. 3 mal wöchentlich, am Montag früh. — Bezugspreis: Abholer monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.50 M. Durch Träger und auch. Bestellungen sind im Band monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.50 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amthliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptredaktion: Wiesbaden, Nikolajstr. 11. Fernruf Nr. 2013, 2016, 2017. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Nassau 2 Pf., Restbezugsgebiete 1.-M.; außerhalb 30 Pf. Restbezugsgebiete 1.50 M. Zeitungspreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Montag, 18. November 1918.

72. Jahrgang.

Nummer 589

Revolutionsfeier in München.

Programmatijche Erklärungen Kurt Eisners.

München, 18. Nov. (Wolff-Tele.)

Gestern Abend fand im hiesigen Nationaltheater eine Revolutionsfeier statt zu der aus allen Ecken Bayerns die Vertreter der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte erschienen waren. Auch die Minister des Volksrates Bayerns und das Präsidium des derzeitigen provisorischen Parlaments hatten sich eingefunden. Nach einem Musikstück ergriff der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner das Wort zu einer Freiheitsrede in der er zunächst der umwälzenden Ereignisse der ersten Novembertage gedenkte und dann ungefähr folgendes ausführte: „Wir haben heute die Aufrichtigkeit, daß es uns gelingen wird, ohne Rückhalt, ohne Demagogie und Gewalt, den Weg zur neuen Zeit zu finden. Wir sind Demokraten und Sozialisten. Wir verstehen unter Demokratie aber nicht, daß alle paar Jahre alle Bürger das Wahlrecht ausüben, und dann die Welt wieder durch Minister und Parlament. Wir, die wir eine neue Form der Revolution gefunden haben, werden versuchen, eine neue Form der Demokratie zu entwickeln. Wir wollen die ständige Mitarbeit aller Schaffenden in Stadt und Land. Die Verantwortlichkeit ist tot, und wehe denen, die versuchen sollten, diese schwebelastige Verantwortlichkeit neu zu beleben. Wir sind Sozialisten, das heißt, wir wollen die Hemmnisse der Wirtschaftsdiktatur beseitigen, die die Massen, wie auch den Einzelnen drücken und verhindern, daß jeder Mensch seine Gaben entfalten und in verbürgter Sicherheit sein Dasein, das kaiserliche erbliche Leben, von Idealen beglückt zubringen kann. Wir rufen über unser Land hinaus zu den Völkern, die gestern noch unsere Feinde waren: Wir bekennen unsere Schuld, und böhnen damit den Feinden den Weg zu innerer Verständigung und Versöhnung. Das war der letzte Krieg, und indem wir die Schuldigen an diesem Weltverbrechen bestrafen und gänzlich beiseite schieben mit einer Rücksicht, die jene nicht verdient haben, haben wir gezeigt, daß wir menschlich sind. So werden wir weiter gehen, und wir bitten um Ihre Hilfe.“ Wir begrüßen jene, die unsere Feinde waren. Wir senden unsere Grüße zu den Völkern Frankreichs, Italiens, Spaniens und Amerikas und wir wollen mit ihnen gemeinsam die neue Zeit aufbauen. Alle, die reinen Herzens, klaren Geistes und festen Willens sind, sind berufen, an dem neuen Werk mitzuarbeiten.“

Parteien und Parteibildungen.

Berlin, 18. November.

Der geschäftsführende Ausschuss der Fortschrittlichen Volkspartei hat gestern, wie verschiedene Blätter melden, ebenfalls der Vereinigung mit der Nationalliberalen Partei und den Unterzeichnern des demokratischen Aufbaus zugestimmt.

Wie die „Tägliche Rundschau“ erfährt, haben am Samstag Einigungsverhandlungen zwischen den Deutschkonservativen und den Dreikönigerverbänden stattgefunden. Die zu dem Ergebnis geführt haben, daß die beiden Parteien sich verschmelzen und in Zukunft gemeinsam auftreten werden. Die neu gebildete konservative Partei wird in den nächsten Tagen mit einem neuen Programm vor die Öffentlichkeit treten, das einen stark demokratischen Charakter entsprechend der veränderten Lage haben wird.

Berlin, 18. Nov. (Wolff-Tele.)

In Berlin vereinigte sich eine größere Anzahl Männer und Frauen verschiedener Berufe und errichtete den demokratischen Volksbund. Zur Verammlung hatten eingeladen: Professor Karl Becker, Graf Bernkorf, v. Borstel, Professor Albert Einfeldt, Professor Emil Fischer, Konrad Günther, Professor Friedrich Reinecke, D. Raumann, Walter Rathenau, Professor C. L. Schleich, Dr. v. Siemens, Adam Stegerwald, Professor Ernst Tröltzsch und Professor Weber. Der demokratische Volksbund will alle diejenigen sammeln, die den Wandel der Zeit anerkennen, an einer Neuordnung auf demokratischer Grundlage mitarbeiten wollen und die unverzügliche Einberufung einer Nationalversammlung fordern.

Die polnische Herrschaft in Posen.

Ueber die Vorgänge in Posen berichtet der „Vorwärts“ noch weiter:

Am 9. November kamen Matrosen und Soldaten nach Posen und verhandelten mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei und riefen die Bildung von Soldatenräten an. Die sozialdemokratische Partei verhielt sich dieser Anregung gegenüber abwartend. Schließlich wurde aber, wie verlautet, die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten von dem Gouverneur selbst angeordnet. In den Arbeiter- und Soldatenräten trat der sozialdemokratische Einfluss rasch zurück. Der frühere polnische Abgeordnete Suda nahm die Sache in die Hand, indem er unter scharfen Anschuldigungen auf die Juden die Beschuldigung der Arbeiter- und Soldatenräte mit Posen übertrug. Am 14. November erschien eine Wache der polnischen Legion vor dem Rathaus, gab einige Alarmrufe ab

Amthliche Bekanntmachungen

des Arbeiter- und Soldaten-Rates.

Einführung des Achtstunden-Tages.

Um einer drohenden Arbeitslosigkeit vorzubeugen, wird für alle Betriebe des Stadt- und Landkreises Wiesbaden, des Unter-Taunus- und Rheingaukreises vom Montag, den 18. November ab, der Achtstundentag eingeführt. Für den Ausfall an Arbeitsstunden ist ein Lohnausgleich einzuführen.

Ausweise für Arbeiter- und Soldatenräte.

Um mißbräuchlicher Annahme des Rechts eines Bevollmächtigten des Arbeiter- und Soldatenrates entgegenzuwirken, wird die Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht, daß die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates im Besitze eines Ausweises sind, der die Unterschriften des Volksausschusses Götner, Lindig, Haack, Schmitt, den Stempelabdruck Arbeiter- und Soldatenrat und das Bildnis des Träbers des Ausweises trägt.

Geetze und Verordnungen.

Es wird der Einwohnerschaft hierdurch bekanntgemacht, daß alle bestehenden Geetze und Verordnungen noch zu Recht bestehen, mit Ausnahme derjenigen, die durch ministerielle Verfügungen außer Kraft gesetzt sind.

Verammlung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte.

Am Mittwoch, den 20. November, nachmittags 3 Uhr, findet im Schlosse zu Wiesbaden eine Verammlung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte aus den Kreisen Wiesbaden-Stadt, Wiesbaden-Land, Unter-Taunus- und Rheingaukreis statt. Jede Gemeinde schickt 2 Räte, die mit einem vom Arbeiter- und Bauernrat der betreffenden Gemeinde und der Gemeindebehörde beauftragten Ausweis versehen sein müssen.

Aufruf zur Bildung einer freiwilligen Volkswehr.

Es werden gediente, unbescholtene, in Wiesbaden anfassende Soldaten im Alter von 21-50 Jahren zur Bildung einer Volkswehr gesucht.

Die Meldung und Annahme erfolgt auf dem Büro des Arbeiter- und Soldatenrates im Schlosse, Eingang Marktstr. Die Volkswehr soll die Infolge der Demobilisierung abgehenden Truppen ersetzen und die Sicherheit der Stadt übernehmen. Die Einstellung erfolgt gegen Bezahlung.

Der Volksausschuss: Schmitt, Lindig, Götner, Haack.

und begann dann ihre Verhandlungen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat. Es wurden dem Polen vier weitere Tage zugestanden. Die sozialdemokratische Partei stellte sich seitdem auf den Standpunkt, daß mit dem Uebergang der tatsächlichen politischen Macht in die Hände der polnisch-nationalen Bewegung als mit einer Lastlast gerechnet werden müsse. Von den Zentralbehörden in Berlin erwartet sie Maßnahmen zum Schutz der deutschen und jüdischen Minderheit. Auf das Gerücht, daß polnische Legionen im Anmarsch seien, wurde Suda an die Grenze gerückt. Er kam mit der Nachricht zurück, an diesem Gerücht sei kein wahres Wort. Die Legionen kommen, wie gesagt, nicht von außen, sondern werden im Innern gebildet. Munition und Proviant sind in ihren Händen, und in Polen rekrutiert der polnische Volksrat.

Keine Vertretung der Sowjetregierung erwünscht.

Berlin, 18. Nov. (Gla. Tel.)

Die deutsche Reichsleitung hat dem „Losa-Anzeiger“ zufolge die Sowjetregierung davon verständigt, daß eine Vertretung der letzteren in Berlin vorläufig nicht wünschenswert sei.

Wilson's Belehrung an die deutsche Regierung.

Rotterdam, 18. Nov. (Wolff-Tele. Drahtlos.) Der schweizerische Gesandte in Washington meldet durch Auskunft an das Ministerium des Auswärtigen in Bern: Staatssekretär Lansing ersuchte mich durch eine Note vom 15. Nov. folgende Mitteilung an den Staatssekretär des Auswärtigen der deutschen Regierung zu vermitteln:

Die Regierung der Vereinigten Staaten erhebt die drahtlosen Depeschen, die die deutsche Regierung an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gerichtet hat, und die sich auf die Befolgung gewisser Forderungen beziehen, die in dem Waffenstillstand mit der osmanischen Regierung und in dem Waffenstillstand mit der deutschen Regierung vorgezeichnet sind. Die amerikanische Regierung wird die erhaltenen Mitteilungen alsbald den anderen Regierungen zur Kenntnis geben, mit denen sie verbunden ist und ebenfalls dem Obersten Kriegsrat in Paris. Die Regierung der Vereinigten Staaten benützt diese Gelegenheit, der deutschen Regierung nahezu legen, daß derartige Mitteilungen, die sich auf die Waffenstillstandsbedingungen oder auf Fragen beziehen, an denen alle assoziierten Regierungen interessiert sind, an alle Regierungen und nicht allein an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gerichtet werden sollen. Die Regierung der Vereinigten Staaten wünscht außerdem die deutsche Regierung darauf aufmerksam zu

machen, daß die Mitteilungen durch die bestehenden diplomatischen Kanäle wie durch direkte drahtlose Mitteilungen zu übermitteln sind.

Der Kaiser in Holland.

Amsterdam, 17. Nov. (Privat-Tele.)

Nach den „Nieuws van den Dag“ wird aus Amerongen gemeldet, daß am Samstag dort einige niederländische höhere Offiziere angekommen sind, die sich zu Kaiser Wilhelm begeben, um ihn und sein Geolge zu empfangen. Hierin ist eine Interferenzmaßnahme zu erblicken.

Der Kaiser unterhält sich in liebenswürdiger Weise mit jedem, der mit ihm ins Gespräch kommt. Des Morgens acht er in Gesellschaft seines Gastgebers in den Anlagen und im Garten des Schlosses spazieren. Bei seinen Ausflügen, die er am Nachmittag unternimmt, trägt er freundlich die Vorübergehenden. Im Schlosse haben sich viele Journalisten und Photographen eingefunden.

Der Vorfriede.

Berlin, 18. Nov. (Privat-Tele.)

Dem „Vorwärts“ zufolge wird der Beginn der Verhandlungen über den Präliminarfrieden in nächster Zeit, jedoch kaum vor Ende dieses Monats, zu erwarten sein. Sie werden in Paris oder Versailles stattfinden und sollen bis Ende Januar beendet sein. Danach wird die Festsetzung des eigentlichen Friedensvertrages beginnen. Dann wird ein Apparat von vielen hundert Delegierten aufgestellt werden. Eine ganze Anzahl von Sozialkommissionen muß gebildet werden, die im Zusammenhang mit der Friedenskonferenz tagen soll.

K. Genf, 18. Nov. (Gla. Tel.)

„Journal des Debats“ schreibt von bedeutenden Widerständen strategischer Art der Waffenstillstandsbedingungen gegenüber Deutschland, sobald der Präliminarfrieden unterzeichnet sei.

K. Basel, 17. Nov. (Gla. Tel.)

Die Londoner „Morning Post“ meldet: Die Bedingungen für den Präliminarfrieden sind Samstag Nacht nach Washington weitergegeben worden.

Elß-Lothringen.

K. Genf, 18. Nov. (Gla. Tel.)

„Sonne libre“ schreibt an der Einleitung von französischer Militärkommission für Elß-Lothringen: Auch diese Maßnahme sei noch eine provisorische. Die Entscheidung über die konstitutive Anwesenheit Elß-Lothringens werde erst auf der Friedenskonferenz fallen.

Französische Rechenkünste.

Berlin, 18. Nov. (Gla. Tel.)

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Blatt der Regierung, schreibt: Hinsichtlich der Entschädigungsfrage steht ein Mitarbeiter des „Matin“ die Schuld Deutschlands an Frankreich auf 340 Milliarden fest, nämlich die Schuld von 1870 mit Zinsen, 80 Milliarden Kriegskosten, 140 Milliarden für Pensionen, 40 Milliarden für die Wiederherstellung und 100 Milliarden für die verurteilten Schäden. Er erklärt, daß zuerst diese Schuld anerkannt werden müsse, bevor man auf die Art ihrer Zahlung eingehen könne. Zur Frage der Entschädigung für die Zerstörungen schreibt der „Matin“, Deutschland und Österreich müßten dem Verbund mindestens 7 Milliarden Tonne zurückgeben; sie verfügten aber höchstens über 3 Millionen, deshalb würde die Auslieferung der deutschen Handelsflotte kaum die Hälfte der Entschädigung ausmachen.

Die Auslieferung des Geschützmaterials.

Amsterdam, 18. Nov. (T.-L. Tele.)

Neuter erzählt aus Paris, daß die deutschen Vertreter auf dem Gebiete der Militärtechnik am Freitag Nachmittag 2 Uhr in Brügge mit belgischen, in Brügge mit englischen und in Nancy mit französischen und amerikanischen Vertretern zwecks Besprechung der Einzelheiten über den Rückzug der deutschen Truppen auf das rechte Rheinufer zusammenkamen. Die deutschen Truppen besitzen, die Waffen auszuliefern. Der größte Teil der bisher ausgelieferten Kanonen besteht aus Feldgeschützen. Unter den schweren Geschützen befinden sich die österreichischen 30 Zm-Mörser, die Dänklunden beschossen, sowie eines der schweren belgischen Geschütze, die auf Paris feuerten.

Berlin, 18. Nov.

Der erste Teil der für die Internierung bestimmten deutschen Schiffe hat, wie die „Völkische Zeitung“ berichtet, gestern Nachmittag den Kieler Hafen verlassen und ist durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal nach der Nordsee abgedampft, wo die Schiffe weitere Befehle erwarten, in welchen Häfen sie interniert werden.

Machensens Rückzug gesichert.

Budapest, 18. Nov. (Wolff-Tele.)

Der „Pester Lloyd“ meldet: Wie wir erfahren, haben zwischen der ungarischen Volksregierung und der von Machens entworfenen Kommission Verhandlungen stattgefunden, in denen bezüglich des Durchzugs der rumänischen Truppen eine Einigung erzielt worden ist. Beiderseits will man alles tun, um einen möglichst schnellen und geordneten Abtransport der rumänischen Truppen zu erzielen. Von deutscher Seite ist eine Spezialkommission nach Berlin abgeordnet, um für Ungarn Kohlen zu sichern. Von diesen soll ein Teil dem Abtransport der rumänischen Truppen dienen. Man

